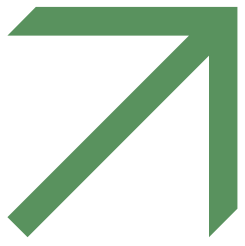


## Wirtschaft



SMI 7961 Punkte  
+1.3%

**Gewinner** ↗ | **Verlierer** ↘

Transocean N +6.3%	Richemont N -0.2%
UBS N +3.0%	Syngenta N +0.3%
LafargeHolcim N +2.4%	Nestlé N +0.4%

Dow Jones Ind. 16621 Punkte  
+1.4%

Euro Stoxx 2934 Punkte  
+2.2%

Euro in Franken	1.101	0.01%
Dollar in Franken	0.999	0.91%
Euro in Dollar	1.102	-0.89%
GB-Pfund in Franken	1.412	-0.49%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	34.50	4.9%
Gold (Unze) in Dollar	1210.40	-1.6%
Silber (Unze) in Dollar	15.37	-0.4%

### Nachrichten

#### Detailhandel Kioskbetreiber von Valora sind nicht scheinselbstständig

Verkäuferinnen und Verkäufer in im Franchisesystem geführten Valora-Kiosken unterstehen nicht dem Gesamtarbeitsvertrag. Dies hat ein Schiedsgericht entschieden. Demnach haben die sogenannten Agenturpartner einen ausreichenden unternehmerischen Freiraum. Deshalb gelten für sie und ihre Angestellten auch die minimalen Arbeitsbedingungen nicht, die Valora und die Gewerkschaft Syna in einem GAV ausgehandelt haben. Syna hatte sich auf den Standpunkt gestellt, die Agenturpartner seien nur scheinselbstständig, weshalb Valora den GAV auch bei diesen einhalten müsse. Nach ihrer Niederlage wollen sich die Gewerkschaft und Valora gemäss Communiqué gemeinsam darum bemühen, verbindliche Arbeitsbedingungen für die Agenturen festzusetzen, die sowohl marktkonform seien wie auch sozialen Kriterien entsprächen. (rj)

#### Uhrenindustrie

#### Luxusuhrenmarke Corum rappelt sich 2016 wieder auf

Die Uhrenmarke hänge erstmals, seit sie 2013 von der chinesischen Haidan-Gruppe übernommen wurde, «nicht mehr am Infusionstropf», sagte Corum-Direktor Davide Traxler in einem Interview mit der Westschweizer Tageszeitung «Le Temps». Laut seinen Angaben hat das Unternehmen, das seit 2009 Defizite einfährt, jährlich zwischen 10 und 20 Millionen Franken verloren. (SDA)

#### Datenschutz

#### Apple fordert im Streit um iPhone-Daten Expertengruppe

Apple will den Streit um das Entsperrn von iPhones in eine politische Diskussion umlenken. Nach Ansicht des Konzerns wäre es am besten, wenn die Regierung ihre Forderungen zurückziehen und eine Kommission mit Experten einberufen würde. Letztere könnte sich generell mit den Auswirkungen des Falls für die nationale Sicherheit und die Privatsphäre beschäftigen. Apple wehrt sich derzeit gegen eine gerichtliche Anweisung, wonach das Unternehmen beim Entsperrn des iPhones des toten Attentäters helfen muss, der in San Bernardino 14 Menschen getötet hat. (SDA)

#### Ölförderländer

#### Golfstaaten können laut IWF den Ölpreisverfall bewältigen

Bahrain, Kuwait, Katar, Oman, die Arabischen Emirate und Saudiarabien müssten jedoch die Ausgaben kürzen und die Einnahmen erhöhen, sagte IWF-Chefin Christine Lagarde. (Reuters)

# Lieber noch etwas mit Öl heizen

Die Energiewende soll die Schweizer Haushalte weg von den Ölheizungen bringen. Dafür ist der tiefe Ölpreis allerdings nicht gerade förderlich. Fachleute fordern deshalb stärkere Anreize.

Franziska Kohler

820 000 Ölheizungen standen 2014 in Schweizer Kellern. Mit einem Anteil von 48 Prozent war Öl damit noch immer der weit wichtigste Energieträger, vor Gas (15,9 Prozent), Holz (11,9 Prozent) und der Wärmepumpe (11,3 Prozent). 2015 dürfte sich an dieser Reihenfolge nicht allzu viel geändert haben. Laut aktuellen Daten des Verbands Gebäudeklima Schweiz ist die Zahl der neu verbauten Ölheizungen letztes Jahr zwar um 8,6 Prozent gesunken. Gleichzeitig sind aber auch weniger Gasheizungen, Wärmepumpen und Holzheizungen installiert worden - weil die Bautätigkeit insgesamt rückläufig war.

Besonders interessant: Während die Zahl der verbauten Öl-, Gas-, Holzheizungen und Wärmepumpen in den letzten fünf Jahren um 2,2 Prozent sank, ging jene der verbauten Ölbrenner nur um 0,9 Prozent zurück. Ein solcher Brenner hat eine Lebensdauer von gut 15 Jahren. Muss er ersetzt werden, hat der Hausbesitzer zwei Möglichkeiten: Entweder er kauft einen neuen Brenner - die günstigste Variante. Oder er baut die Ölheizung aus und ein umweltfreundlicheres Heizsystem ein - so wie es im Sinne der Energiestrategie 2050 wäre. Diese will den Ausstoss von Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) bis 2050 um 70 Prozent senken.

Dass die Zahl der verbauten Brenner nur leicht zurückgegangen ist, zeigt: Offenbar sanieren immer noch viele Hausbesitzer lieber ihre Ölheizung, als auf eine andere Heizart umzusteigen. Trotz aller umweltschützerischen Appelle.

#### Wenig Anreiz zum Umsteigen

Die Zahl der verkauften Brenner nehme zwar stetig ab, sagt Konrad Imbach von Gebäudeklima Schweiz. In Anbetracht der Bemühungen der öffentlichen Hand, den Umstieg auf Erneuerbare zu fördern, gehe der Rückgang aber langsam vonstatten. «Die Motivation, in ein neues Heizsystem zu investieren, ist noch nicht besonders gross.» Viele Hauseigentümer seien offenbar unsicher, was mit der Energiewende auf sie zukomme, und wollten mit dem Umstieg lieber noch zuwarten. Auch der tiefe Ölpreis spiele eine Rolle. «Der Anreiz, eine neue Heizung zu installieren, ist damit sicher kleiner.» Das beobachtet auch Markus Schlageter, Leiter Marketing beim Heiztechnik-Unternehmen Elco. «Die Motivation, vom Öl auf einen erneuerbaren Energieträger umzusteigen, ist mit dem tiefen Ölpreis gesunken.» Gleichzeitig entscheiden sich laut Schlageter mehr Kunden dafür, durch eine Brennersanierung noch länger an der Ölheizung festzuhalten.

Laut Rolf Mielebacher vom Planungsbüro Amstein + Walthert spielt der tiefe Ölpreis vor allem für ältere Hausbesitzer eine grosse Rolle. «Viele sanieren unter diesen Umständen lieber noch einmal die Ölheizung und überlassen den Um-



Kaminqualm über Zürich: Über 800 000 Ölheizungen stehen in Schweizer Kellern. Foto: Urs Jaudas

bau dann der nächsten Generation.» Mielebacher kennt denn auch Firmen, die von einer merklichen Zunahme beim Verkauf von Ölkesseln in den letzten Monaten berichten. Diese müssen, ähnlich wie die Brenner, alle 15 bis 20 Jahre ersetzt werden.

Das heisst auch: Alle Ölheizungen, die jetzt saniert statt ausgebaut werden, laufen unter Umständen noch bis zu 20 Jahre lang weiter - es sei denn, der Hausbesitzer steigt schon vorher freiwillig auf eine andere Heizquelle um. Dafür seien die Anreize im Moment allerdings nicht besonders gross, kritisiert Mielebacher. Die aktuellen Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich empfeh-

len zwar, dass beim Ersatz von Heizöl- oder Gaskesseln künftig ein Teil der Wärme aus erneuerbaren Quellen gewonnen wird. Wie diese Empfehlung schliesslich umgesetzt wird, entscheiden die Kantone aber autonom.

#### «Kantone in der Pflicht»

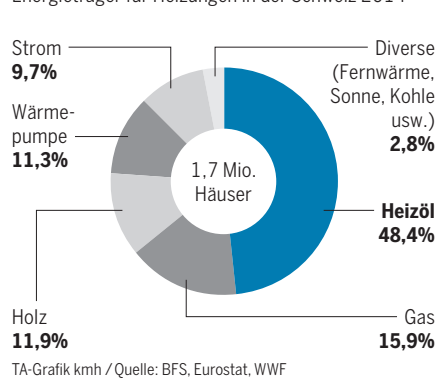
Mehrere Kantone schreiben zum Beispiel schon jetzt vor, dass Ölheizungen nur dann ersetzt werden dürfen, wenn sie mit Sonnenkollektoren kombiniert werden. 2019 dürften laut der interkantonalen Energiedirektorenkonferenz (EndK) die meisten Kantone ihre Energiegesetze angepasst haben. Bis dahin dürften allerdings noch zahlreiche wei-

tere Ölheizungen saniert worden sein. Das sei problematisch, sagt der ETH-Architekt Niklaus Haller. «Jede Anlage, die saniert statt ersetzt wird, stösst weiterhin CO<sub>2</sub> aus. So kommen wir mit der Energiewende nicht voran.» Haller hat zusammen mit 42 weiteren Wissenschaftlern in Zürich die «Initiative für klimafreundliche Gebäude» lanciert. Diese verlangt ein Verbot von fossilen Brennstoffen für das Beheizen von Gebäuden. Während einer Übergangsfrist sollen die Grenzwerte für CO<sub>2</sub>-Emissionen aus fossilen Brennstoffen sukzessive gesenkt werden. Nach 10 Jahren dann sollen sie für Neubauten bei null liegen, nach 18 Jahren auch für bestehende Bauten (die Grenzwerte gelten allerdings nur für den Ersatz oder für Neuinstallationen, nicht für bestehende Anlagen). Haller ist überzeugt, dass den Ölheizungen nur so der Garaus gemacht werden kann.

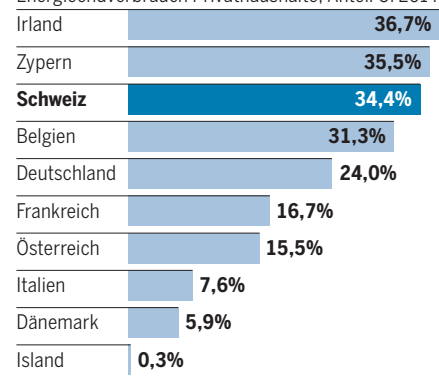
Gebäudetechnik-Experte Mielebacher bezweifelt allerdings, dass ein Verbot der richtige Weg ist. «Besser wäre es, die Anreize für die Umstellung zu erhöhen, zum Beispiel durch steuerliche Vorteile.» Auch für Karl Vogler, Nationalrat der CVP-Fraktion und Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek), geht das Verbot zu weit. Er sieht die Kantone in der Pflicht: «Sie müssen den Ersatz von Ölheizungen noch attraktiver machen. Zum Beispiel durch Förderprogramme oder Steuerabzüge.»

#### Schweizer heizen vorwiegend mit Öl

Energieträger für Heizungen in der Schweiz 2014



Energieeendverbrauch Privathaushalte, Anteil Öl 2014



## Der Gasvertrag mit dem Iran wurde heimlich beerdigt

Eigens für den Deal reiste Micheline Calmy-Rey 2008 nach Teheran. Inzwischen ist der Gasliefervertrag mit dem Iran jedoch geplatzt.

Die Bilder des Treffens sind um die Welt gegangen: Die damalige Bundesrätin wohnte mit einem Kopftuch bedeckt in Teheran dem Vertragsabschluss über Erdgaslieferungen des Iran mit der Schweizer Firma EGL bei. Dass dennoch nie Gas geliefert wurde und auch nicht wird, hängt mit den Vertragsbedingungen zusammen: Offenbar scheiterten die aufwendig aufgleisten Verhandlungen letztlich am Preis und an fehlenden Transportwegen. Der damals ausgehandelte Vertrag wurde deshalb heimlich beerdigt. Aus politischen Gründen, wie die Axpo, die Muttergesellschaft der EGL, gegenüber der Nachrichtenagentur SDA sagt. Der Konzern tut sich offensichtlich

schwer mit Informationen zum Stand der Dinge bezüglich der Gaslieferungen. Die Axpo setzt inzwischen nicht mehr auf Erdgas aus dem Iran, sondern nunmehr zu 100 Prozent auf Gas aus Aserbeidschan, wie ein Mediensprecher erklärt.

Der Vertrag zwischen der Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg (EGL) mit der iranischen Staatsfirma National Iranian Gas Export Company (Nigec) sei zwar nicht gekündigt worden, sagt der Sprecher nach mehrmaligem Nachfragen. Allerdings könne der Vertrag nun nach Aufhebung der Sanktionen gegen die Islamische Republik dennoch nicht mehr aktiviert, in irgendeiner Form kapitalisiert beziehungsweise verkauft werden.

Details, weshalb das so ist, will die Axpo nicht preisgeben. Man habe sich mit dem Iran aber hauptsächlich nicht über die Preise für das Erdgas und die Transportwege einigen können. Dies war laut dem Energiekonzern aber eine zwingende Bedingungen im Abkommen

gewesen. Damit sei das Geschäft - trotz des immensen damit verbundenen Aufwandes - einfach so geplatzt, heisst es bei der Axpo.

#### Kein Verstoß gegen Sanktionen

Das Abkommen mit der Islamischen Republik, vertreten durch die Staatsfirma Nigec, hatte ab 2011 für 25 Jahre jährliche Lieferungen von 5,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas an die EGL vorgesehen. Um die Bedeutung des Milliarden-geschäfts zu unterstreichen, war die damalige Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten zur Vertragsunterzeichnung eigens nach Teheran gereist, ohne dass dazu eine vertragliche Verpflichtung bestand. Wegen dieser Reise und aufgrund des Gasgeschäfts generell waren Calmy-Rey sowie die Schweiz international stark kritisiert worden, da der Westen den Iran wegen seines Atomprogramms eigentlich isolieren und wirtschaftlich schwächen wollte. Mit dem weitgehen-

den Wegfall der Sanktionen gegenüber dem Iran könnte man nun meinen, die Schweiz hätte einen Trumpf in der Hand und das umstrittene Gasabkommen trete wieder in Kraft. Doch dem ist nicht so, denn es handelte sich um einen privatrechtlichen Vertrag zwischen zwei Unternehmen und nicht um ein Abkommen zwischen den beiden Staaten. Das stille Platzen dieser Vereinbarung war der breiten Öffentlichkeit bisher nicht bekannt gewesen.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) betont, dass es inhaltlich um einen langjährigen Vertrag zur Lieferung von Gas gegangen sei, wie er in der Branche üblich sei. Die EGL habe zudem sichergestellt, dass der Vertrag nicht gegen Schweizer Sanktionen verstiesse, und die EU habe zu diesem Zeitpunkt noch keine Erdöl- und Erdgassanktionen gegen den Iran verhängt. Alles in allem habe das Abkommen weder die seinerzeit geltenden Sanktionen noch internationales Recht verletzt. (SDA)